

Die Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Politisches und Provinziales Carl Wandemühl, für die Inserate Dr. G. H. S. Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Preisdruck G. m. b. H., Leipzig. — Vert. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Preisdruck G. m. b. H., Leipzig, Königsplatz 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 M. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pf. — In der Ausgabe für die Zeitungen 20 Pfennig. Inletzte n. auswärts 25 Pfennig, im Restamtliche 25 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 172.

Halle, Montag den 29. Juli 1918.

2. Jahrgang.

Geld her zur Bekämpfung der Sozialdemokratie!

Der Reichsverband macht mobil.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erläßt folgenden Aufruf:

Berlin 28. 11, im Juli 1918.
Deffauer Str. 30.

Euer Hochwohlgeborer!

Die Veröffentlichung des ersten Augustheftes des Jahres 1914 ist bei der langen Dauer des Krieges verfallen. Der Gebante, die sozialdemokratische Arbeiterkraft, die doch mit uns um Leben und Sein kämpft wie alle übrigen Volksglieder, durch fortwährende Jugendschüsse bei guter Saune zu erheitern und sie für die Erfüllung ihrer einfachen Pflicht zu befehlen, trägt unheilvolle Früchte.

Das deutsche Wirtschaftsleben, das durch verfehlte staatspolitische Maßnahmen schon genug geschädigt ist, geht nach dem Frieden schwereren Geschicknissen entgegen. Heftige Kämpfe nach dem Kriege sind zu erwarten. Die Bekämpfung ist nicht von der Hand zu weisen, daß der nächste Weltkrieg die Durchführung des bewährten Bismarck'schen Grundgesetzes des Schutzes der nationalen Arbeit in Stadt und Land nicht mehr gewährt wird. Dann werden Arbeitsangelegenheiten sich häufen, wenn die bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden obigen Grundgesetzes stehen, sich nicht erfolgreich aufzusammeln, um der roten Brut einen Damm entgegenzusetzen.

Da gilt es, beizeiten zu rücken, um die drohenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfe bestehen zu können. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie muß abermals, wie vor den Wahlen des Jahres 1907, eine umfassende und großzügige Aufführungsarbeit in die Hand nehmen. Dazu bedarf es erheblicher Mittel und ist am Werke, um diese Arbeit leisten zu können, einen

Wahlzettel

zu sammeln. Wollen wir nicht zünftigen Südküssen entgegensehen, wird Opferwilligkeit zur rechten Zeit unerlässlich sein, um den Zusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft zu verhüten.

Wer die Zeichen der Zeit erkennt und dafür ist, daß mit der Freiheit in die weiteren Volkstrennung hineingeleitet wird, um schwere Schattungen des Volkstages zu verhüten, jetzt sich dem späteren Vorwurf nicht aus: Da heißt es rechtzeitig das Deine dazu beitragen können, die drohende Gefahr abzuwenden.

Wir richten daher an Ew. Hochwohlgeborer die dringende Bitte, zu unserem Wahlzettel nach Kräften beizutreten, um darauf hinzuwirken, daß nicht die letzte Gleichmacherei proletarischer Massenbewegungen auf dem Gebiet der Bekämpfung der Sozialdemokratie unserer Wirtschaftsschwächung die Welt regiert.

Wir sind im Vereinbahrungsbereich gegen die sozialdemokratischen Angriffe. Zum Kriegsführen gehört aber Geld, Geld und nochmals Geld! Wir hoffen, daß unser Aufruf an Ihre oft bewährte Opferwilligkeit auch diesmal nicht bezweifelbar sein wird und zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung

ausgegeben

des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Der Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Witzl. Geh. Rat Graf von Arnim, R. d. S., Wustau.

Oberleutnant a. D. Graf von Hüfner, Hoford.

General d. Inf. a. D. von der Voëd.

Witzl. Geh. Rat von Dierken, R. d. S., Gröbzigberg.

Rambart a. D. Graf von Dohna, Potsdam.

Sandrat a. D. Dr. von Goltz, R. d. S., Schöy bei GutsMuth.

Genl. Major a. D. Graf von Goltz, R. d. S., Schöy bei GutsMuth.

Genl. Major a. D. Graf von Goltz, R. d. S., Schöy bei GutsMuth.

Generaldirekt. Reg.-Rat a. D. Reichardt, Schöy bei GutsMuth.

General d. Inf. a. D. von Liebert, R. d. S. (A. Graf), Berlin.

Herrn von Lieg, R. d. S., Bitterfeld.

Direktor Dr. Ruhmann, Berlin.

Rambart a. D. Rieger, R. d. S., Berlin.

Geh. Regierungsrat Dr. Schmidt, Berlin.

Geh. Kommerzienrat Forster, R. d. S., Hfin.

Landgerichtsdirektor Dr. Wagner, Dessau.

Der Aufruf erinnert rechtzeitig daran, daß noch dem Krieg der zweite Einbürgerungsakt auf dem Gebiet Deutschlands beginnen wird.

Mit ungeheuren Mitteln wird uns der Kapitalismus entgegengetreten. Wenn nur die Unterzeichner des Schriftstückes selbst die von anderen geforderte Opferwilligkeit beibringen, so wird eine ungeheure Summe zusammenkommen, denn die Herren sind fast sämtlich steinreiche Großgrundbesitzer und Großindustrielle. Die werden sich aber nun mit ihrem Schrei nach Geld, Geld und nochmals Geld an ihre

Klassenossen, und wir weisen nicht daran, daß ihnen ein recht ansehnlicher Erfolg beschieden sein wird.

Noch keine Zeit hat zu mächtigen Kapitalansammlungen gesehen wie die gegenwärtige. Während im Volk die bitterste Kriegsnot herrscht, werden von kleinen Kreisen der Bevölkerung Reichtümer auf Reichtümer gehäuft. Wir bezeichnen in anderem Zusammenhang die Feststellung des württembergischen Finanzministers Viktorius, daß durch unvollkommene Veranlagung dem Reiche dreieinhalb Milliarden, das heißt dreitausendhundert Millionen Mark entzogen worden sind. Fünfeinhalb Milliarden hat die Steuer auf den Kriegsgewinn gebracht, neun Milliarden hätte sie bringen müssen, dreieinhalb Milliarden sind verschwunden! Diese Differenz zeigen, wie verfehlte staatspolitische Maßnahmen von manchen Kreisen auf eigene Faust fertiggestellt werden, sie lassen aber auch Schläge auf die Finanzkraft der Nation, die an der Bekämpfung der Sozialdemokratie beteiligt sind.

Würden die Steuer hinterziehenden Kriegsgewinnern nur ein Prozent der hintergezogenen Summen auf dem Titel des „Reichsverbandes“ opfern, so ergäbe das schon eine Summe von 35 Millionen. Dem Reiter ließe es überlassen, zu berechnen, wieviel Zeitungen, Wochenschriften, Nationalökonomien, Agitatoren mit dieser Summe bezahlt werden können, wieviel bedrucktes Papier für sie in die Massen geschleudert werden kann.

Kein Zweifel, bei den kommenden Entscheidungsschlachten werden wir einen Sieg über den Sozialismus erleben, von dessen Größe wir uns kaum noch eine Vorstellung machen können. In welchem Zustand wird dieser Sieg sein, das arbeitende Volk treffen? Vorherbereiten müssen wir uns gegen, daß wir uns an finanzieller Kraft mit unserm Gegner nicht werden messen können. Und so bleibt uns als beste Waffe gegen diesen Anprall der plumpen Materie nur unsere sozialistische Überzeugung, nur unser unerwiderlich festes Zusammenstehen. Als Volkssieger, das für die eigene Sache steht, werden wir gegen die Silberbarone des Kapitals kämpfen.

Der Aufruf unserer Gegner muß jedem denkenden Arbeiter zeigen, um was es geht, und muß ihm die Erkenntnis einbämmern, daß es Wahnsinn ist, die Kräfte der Bewegung in Bruderkämpfen zu zerstreuen. Auch die „Christlichen“ werden sich sagen müssen, daß in diesem Kampfe ihr Platz nicht auf der Seite des goldenen Kalbes ist, die wirklich liberal Denkenden werden einsehen müssen, daß der drohende Sozialismus der Tod jeder persönlichen Freiheit ist. Zu den Arbeitern werden wir die Angestellten, die Beamten gesellen, alles, was in Stadt und Land durch geantene und körperliche Arbeit Werte schafft, wird zusammenstehen müssen, damit wir nicht am Ende des Krieges einer unerträglichen Geldkrise erliegen.

Darf auch noch ein Wort noch einer anderen Seite hin gesagt werden? Der Aufruf, den wir oben wiedergeben, richtet sich gegen die deutsche Sozialdemokratie, in ihr erkennt er seinen Feind. Mit keinem Wort ist die Rede von sozialistischen Strömungen, die — wie sie selbst glauben — die Sozialdemokratie „von links her“ bekämpfen. Die sorgliche Sorge, mit der der Aufruf des Reichsverbandes über diese Strömungen hinweggehet, zeigt von anerkennenswerter tatsächlicher Gesinnung. Dieses vorläufige Schweigen zeigt aber auch, in die größte Freude berührt, wenn sozialdemokratische Organisationskommissionen, sozialdemokratische Zeitungen boykottiert, sozialdemokratische Redner niedergebittet werden. Die Frage läßt sich nicht unterdrücken: Wieviel Millionen ist wohl dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Zerstückelung der Arbeiterbewegung wert?

Es ist nicht bewusster Verrat, sondern blinder Fanatismus, der solche Zustände hervorgerufen hat und an ihrer Verbreitung und Verschärfung noch immer planmäßig weiterarbeitet. Der Aufruf des Reichsverbandes schließt nun so große Klarheit, daß Verarmtheit kaum weiter noch als Entschuldigungsgrund gelten kann. Im Gegenteil wollen wir unsere Meinungsverschiedenheiten austragen. Der parteipolitische Kampf gegen die Sozialdemokratie mag aber dem „Reichsverband“ und seinen angestellten Syndikats überlassen bleiben!

langfristige hohe Kontributionen an Lebensmitteln und Stoffstoffen ansetzt. Von internationalistischen Pfaffen werden die deutschen Arbeiter nicht sein. England habe ein Viertel der Erdoberfläche zusammengekauft, aber nun gehe seine Herrschaft zu Ende. Volkswomen vernichtet müße es werden, und bis es sich bessere, müße es erst eine lange Probezeit als Förderer Deutschlands durchmachen.

Was geschieht in Deutschland in solchen Fälle? Die Arbeiter jeder größeren deutschen Industrie oder Eisenfabrik liegen einen Menschen, der so unverwundlich hegte, nicht anreden, sondern nähmen ihn fort und übergeben ihn dem nächsten Irrenanstalt. Der Reichstag beschäftigte sich in seiner nächsten Sitzung mit diesem Skandal und sorgte dafür, daß der Mann nicht einen Tag länger Minister oder Staatssekretär bleibe. Für den Schwäger erhöhe sich kein Verteidiger; selbst die Altschulden bekämpften sich immer auf entscheidende, daß sie Deutschlands Weltfriede und die Bevölkerung anderer Völker antreiben. Götters ein winziger Kreis von total verirrten Kopfgehirnen würde dem entgleisten Staatssekretär die Ehrenmitgliedschaft der germanischen Bursche Wotans, rade anbieten. Mit anderen Worten: die ganze Gese wäre bei einem deutschen Regierungsmittel, bei deutschen Arbeitern und gegenüber der deutschen Volkvertretung gänzlich unmöglich.

Der australische Ministerpräsident Lyndal oder nicht nur für sich, sondern auch für die englische Regierung, die sich soeben offiziell für die Nachkriegszeit auf Straßgasse gegen deutsche Waren, dauernde Schließung der deutschen Banken in England und solche andere Maßnahmen des rücksichtslossten Wirtschaftskrieges feigelegt hat. Diese Regierung und die Rede des ebengenannten australischen Arbeiterführers und jetzigen Ministerpräsidenten finden begeisterte Zustimmung bei einem erheblichen Teil der englischen Arbeiterklasse. Die friedensstreuliche Opposition drüben ist etwa so radikal wie bei uns das Zentrum in seinen verschiedenen Schattungen. Und selbst diese Richtung kann sich nicht einmal durchsetzen. Lloyd George und der unumkehrbar veränderte Kriegsanführer in allen Ländern; aber ihre radikale Spielart regiert drüben und wird bei uns einfach ausgelacht. Das ist der Unterschied.

In einem andern Punkte oder finden sich England und Deutschland vollkommen gleich. Drüben streiken zur Zeit Munitionsarbeiter, weil die Regierung die geleerten Arbeiter rationieren und zwangsweise auf die einzelnen Betriebe verteilen wollte. Den Streikenden wird nun angedroht, daß ihre Mitbestimmung vom Heeresdienst aufgehoben ist, wenn sie am Montag früh nicht wieder zur Arbeit erscheinen. Jedes ähnliche Vorkommnis in Deutschland wird von der englischen Propaganda in der ganzen Welt als Beweis dafür ausgebeutet, daß in Deutschland der brutale Militarismus das Proletariat verhafte. Aber die herrschenden Klassen in England gehen gegen die Arbeiter — von Irland ganz zu schweigen — mit mehr als demselben Interesse nach genau den gleichen Methoden vor. In Sachen der Freiheit der Arbeiter sind sich die kriegsführenden Länder durchaus gleich. Darin besteht nicht der mindeste Unterschied, und England, das die freirenden Arbeiter starkwie in den Schützengräben schläft, wird gewiß der letzte, der dem deutschen Arbeiter Freiheit bringen könnte.

Zur Intervention der Entente in Rußland.

Nach einer Meldung der New Yorker Presse fand dort eine von 15000 Amerikanern, Russen, Finnländern, Ukrainern, Estländern, Letten und Polen besetzte Versammlung statt, um zu prüfen, ob die Entente die bestmögliche Intervention in Rußland Stellung zu nehmen. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in welcher die geplante Invasion in Rußland über Sibiris als Maßnahme der reaktionären Klassen der Entente und Rußlands gebrandmarkt und die amerikanische Regierung aufgefordert wird, die Sozialregierung anzuerkennen und „ihnen hinterlistigen Fehlschlag der imperialistischen und reaktionären Kamakilla zu verhindern.“

Berlin, 28. Juli. (Reuter.) In einer Proklamation der vorläufigen Regierung in Omsk wird erklärt, daß durch die Unabhängigkeit Sibiriens die Beschlässe und Bestrebungen der Bolschewiki null und nichtig geworden seien. Die Sowjets werden geschlossen werden. Die Grundbesitzer werden ihren Besitz zurückhalten. Die föderale Regierung in Wladivostok wird um ihre Zustimmung zu diesem Vorgehen ersucht.

Der englische Munitionsarbeiterstreik.

Stockholm, 27. Juli. Laut einem Telegramm an Stockholm-Lödingen greift der Streik der englischen Munitionsarbeiter immer mehr um sich. Die Konferenz in Leeds, welche 300 000 Arbeiter beschäftigte, sah den Beschluß, am Dienstag den allgemeinen Streik zu proklamieren, falls die Regierung nicht den Zwangsauflösungen absteht. Am Mittwoch von Birmingham feierten gegenwärtig über 100 000 Arbeiter.

Von Hindenburg.

Berlin, 28. Juli. (Antif.) Aus dem Großen Hauptquartier wird gemeldet: Aus zahlreichem Anfragen geht hervor, daß in die Heimat ungenügende Nachrichten über das Verhalten des Generalleutnants von Hindenburg verbreitet sind. Der Generalleutnant läßt bitten, solchen völlig unangehörten Gerüchten keinen Glauben zu schenken. Es geht ihm ausgeglichen.

Angleich und Gleich.

Am 20. Juli 1918 ergab die australische Premierminister Hughes eine Gewerkschaftsversammlung in Cardiff, Hauptstadt nach dem Krieg die eine gelungene britische Wirtschaftspolitik. Reichliche Zufuhr an Rohmaterialien sei der Schlüssel zur nationalen Wiedergeburt. Die englische Arbeiterkraft, die für ihr Land gebietet habe, werde nicht hungern wollen, damit die Deutschen ihre Waren verkaufen könnten. Sie habe den Grundton des Internationalismus fast. Die Deutschlands Macht zerbrechen und seine Wälfelaten geküßelt sein, dürfe es nicht als Mitglied der Weltfamilie, sondern müsse als Baria behandelt werden. Ministerpräsident Hughes

schloß mit der Aufforderung, das Geblär der Kapitalisten und die Demagogie der Volkshörner um Schwärzen zu bringen. Die rechte Kriegsgleichheit und Vermittlungswort verbietet immer wieder festzusetzen zu werden. Man hört oft wohl den Einwand, jedes Volk habe seine Friedensfreunde und Kriegshörer und Kriegsgewinnler. Aber so ist ein Unterschied. Man stelle sich die Rede von Hughes auf Deutschland übertragen vor. Dann wäre die Scene etwa die, daß Herr Dr. Solf im Stettiner Gewerkschaftshaus vor den organisierten Arbeitern eine Rede hielt. Deutschland müßte nach dem Kriege hungern, wenn es nicht England und Amerika

Der Krieg im Westen.

Berlin, 26. Juli abends. (Amst.) Kämpfe am Duroy. Im Vorzuge 28. Juli.

Berlin, 28. Juli. Mit welchen ungeheuren Kräften der Entente...
Berlin, 27. Juli. Mit welchen ungeheuren Kräften der Entente...
Berlin, 27. Juli. Mit welchen ungeheuren Kräften der Entente...

erste vollberechtigte Glieder des Landgebiet und Kriegsgelände ein...
Lugano, 28. Juli. Der Corriere della Sera meldet aus...

Neue Kriegsnotrichten.

Bern, 27. Juli. Krieges in Rom meldet aus Paris: Das...
Genève, 28. Juli. Wie der Correspondent der schweizerischen...

Genève, 27. Juli. Die Rucione Rotterdamsche Courant aus...
Washington, 27. Juli. (Reuter.) Mehr als 100 000 Tonnen...

Der österreichische Heeresbericht.

Wien, 27. Juli. (Amst.) Der österreichische Heeresbericht...
In der Westfront haben die österreichischen Truppen...

Der Krieg zur See.

London, 27. Juli. (Amst.) Der Hilfskreuzer Marconia (10 500...
London, 27. Juli. (Amst.) Ein englischer Torpedobootsgruppier...

Zur Lage in Russland.

Krasni gegen die Tscheko-Slowaken.
Auf einer Generalversammlung der Fabrikarbeiter erklärte...

Die Iren in englischen Unterhaue.

Bern, 27. Juli. Mehr 50 irische Nationalisten nahmen...
Die Iren in englischen Unterhaue.

Französische Arbeiter gegen Clemenceau.

Die von der Pariser Arbeiterschaft gegen Clemenceau...
Französische Arbeiter gegen Clemenceau.

Die Amerikaner in der Schweiz.

Bern, 27. Juli. (Amst.) Die Amerikaner in der Schweiz...
Die Amerikaner in der Schweiz.

Dampferverkehr mit dem Baltischen.

Langsam, aber stetig zunehmend sind Handel u. Verkehr...
Dampferverkehr mit dem Baltischen.

Das neue Umsatzsteuergesetz.

Das Umsatzsteuergesetz hat in der dem Reichstage...
Das neue Umsatzsteuergesetz.

Die Amerikaner in der Schweiz.

Bern, 27. Juli. (Amst.) Die Amerikaner in der Schweiz...
Die Amerikaner in der Schweiz.

Dampferverkehr mit dem Baltischen.

Langsam, aber stetig zunehmend sind Handel u. Verkehr...
Dampferverkehr mit dem Baltischen.

richtig. Sibau ist durch einen elektrischen Seilbahn und eines un...
Dampferverkehr mit dem Baltischen.

hocht. Es hat einen Boden mit drei Baumarten, Eiche und...
Amerikanische „Rinderarbeit“.

Amerikanische „Rinderarbeit“.

In Illinois (Amerika) wird kürzlich die Deutsche...
Amerikanische „Rinderarbeit“.

Die Iren in englischen Unterhaue.

Bern, 27. Juli. Mehr 50 irische Nationalisten nahmen...
Die Iren in englischen Unterhaue.

Französische Arbeiter gegen Clemenceau.

Die von der Pariser Arbeiterschaft gegen Clemenceau...
Französische Arbeiter gegen Clemenceau.

Die Amerikaner in der Schweiz.

Bern, 27. Juli. (Amst.) Die Amerikaner in der Schweiz...
Die Amerikaner in der Schweiz.

Dampferverkehr mit dem Baltischen.

Langsam, aber stetig zunehmend sind Handel u. Verkehr...
Dampferverkehr mit dem Baltischen.

Das neue Umsatzsteuergesetz.

Das Umsatzsteuergesetz hat in der dem Reichstage...
Das neue Umsatzsteuergesetz.

Die Amerikaner in der Schweiz.

Bern, 27. Juli. (Amst.) Die Amerikaner in der Schweiz...
Die Amerikaner in der Schweiz.

Dampferverkehr mit dem Baltischen.

Langsam, aber stetig zunehmend sind Handel u. Verkehr...
Dampferverkehr mit dem Baltischen.

richtig. Sibau ist durch einen elektrischen Seilbahn und eines un...
Dampferverkehr mit dem Baltischen.



Dampferverkehr mit dem Baltischen.

Politische Uebersicht.

Deutschland und Welt.

Der deutsche Städtetag zur Wehrbestimmung.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an den Herrn Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes eine Eingabe gerichtet, worin für das Wirtschaftsjahr 1918/19 die unveränderte Beibehaltung der im vorigen Wirtschaftsjahre vereinbarten Bestimmungen für die bezugsberechtigten Bevölkerung dringend befohlen wird. Schon von Mitte August an soll eine Tagesration von 200 Gramm angesetzt werden. Der Vorstand des Deutschen Städtetages rühmt aber im Interesse der Bevölkerung die Gewährung eines Konzesses von 250 Gramm unter Einwirkung der aus Reichsleitung ausgehenden Strengmaßnahmen (Kartoffel und Kartoffelzubehöre), also die freie Lagerhaltung, wie sie für die gegenwärtig bestehenden Rationen angesetzt ist. Es wird darauf hingewiesen, daß die im Vorjahre gewährte Lagerhaltung das Mindestmaß darstelle, das für die Ernährung notwendig ist. Ferner wird in der Eingabe an den Herrn Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes die Bitte gerichtet, dahin zu wirken, daß der für die menschliche Ernährung zur Verfügung stehende Teil der Kartoffelernte auch wirklich voll genutzt werde und daß nicht ein erheblicher Teil entweder durch Verwahrlosten oder durch Verlust verloren gehe. Ein wirklicher Schutz gegen den nach der bisherigen Erfahrungen drohenden Verlust kann nur durch das Vorhandensein des Deutschen Städtetages nur dadurch geschaffen werden, daß unvollständige Maßnahmen für die Erfassung der Kartoffeln vorbereitet und durchgeführt werden. Die bisherigen Ergebnisse der Kartoffelproduktion dürften wohl allgemein als nicht befriedigend bezeichnet werden. Gelingt es in größeren Maßstäbe als bisher Kartoffelzucht und Kartoffelverarbeitung zu betreiben, dann dürfte dies auch für die Streckung des Brotmehls und für die Beibehaltung der bisherigen Rationierung von günstigem Einfluß sein. Die Anträge des Vorstandes des Deutschen Städtetages gehen deshalb dahin, für die Beibehaltung der im Vorjahre gewährten Lagerbestände Sorge zu nehmen und die Herstellung von Kartoffelkonzentrat und Kartoffelzubehöre in umfassender Weise anzuwenden, bis zur Verstärkung aber mit Vorsicht umzugehen.

Wesche in der Zeitung des Militärkabinetts.

Der langjährige Leiter des Militärkabinetts, Generalleutnant Freiherr v. Lindner, ist, wie behauptet wird, aus Gesundheitsrücksichten von seiner Stelle zurückgetreten und durch den Generalmajor Freiherrn v. Matzki voll ersetzt worden. Der franzoese Generaloberst von Bauer wurde zum Präsidenten des Reichsmilitärgerichtes ernannt. Ob mit diesem Veranlassung ein Soldatenrat einzurufen wird, läßt sich jetzt nicht übersehen, aber es darf in diesem Zusammenhang nicht darauf hingewiesen werden, daß vor nicht langer Zeit der federative Abg. Neffel im Haushaltsausschuß des Reichstages konstatierte, daß in Ostpreußen ein steigendes Verhältnis gegen das Militärkabinetts sich bemerkbar machte. Darüber, daß das Militärkabinetts in seiner jetzigen Form ein einseitiges einseitiges Verhältnismittel nicht in Einklang gebracht werden kann, besteht bei der Mehrheit des Reichstages jedenfalls kein Zweifel.

Erhöhung der Kriegsbekämpfungsmittel.

Auf Grund einer Verfügung des preußischen Kriegeministers werden Bezugsberechtigten, bei denen eine Erwerbsunfähigkeit von mindestens 50 Prozent vorliegt, folgende wochenweise Teuerungszuschläge gewährt:

80	"	"	90	"	100
"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"

Die Erhöhung gilt ab 1. Juli 1918. Die Verfügung hat zwar grundsätzlichen Charakter, es ist aber zu erwarten, daß sie von den übrigen Bundesstaaten fernerhin übernommen wird.

Die preußische Justiz im Jahre 1917.

Das preußische Justizministerium gibt die Jahresübersicht über die Tätigkeit der preußischen Gerichte im vergangenen Jahre bekannt. Es ergibt sich daraus, daß die Arbeit der Gerichte in den Kriegsjahren ganz gewaltig gelitten ist, und zwar ist das zurückzuführen auf die zahlreichen Verhinderungen gegen die Kriegsverordnungen, die heute schon ihrer Zahl nach kein Ende übersehen kann. In gleichem Maße und aus dem gleichen Grunde und auch die Arbeiten der Verwaltungsstellen sind in die Höhe gegangen. Einen Rückschlag weisen die Justizprozesse auf, mit Ausnahme der Eheklagen, die seit dem Jahre 1918 um rund 50 Prozent gestiegen sind. In gleichem Maße haben sich auch die Prozesse vermehrt, die bei den Oberlandesgerichten in der Revisioninstanz anhängig gemacht worden sind.

Gedenken der Kanalbefreiung.

Wie die Junkerpolitik das Reich schädigt, dafür bringt die Schiffsverkehrs-Aktion einen bemerkenswerten Beleg. Sie erinnert daran, daß der große Kanalbefreiungs-Vertrag in einem Gedenken über den Bau des Mittelkanals die Karte der Festigkeit habe, daß Deutschland eines Wasserverkehrsnetzes ermangele, das nach strategischen Gesichtspunkten gewahrt ist, vor allen Dingen die Verbindung zwischen dem Westen und Osten des Reiches, des Rheins mit der Donau, des Rheins mit der Elbe. Ein Vertreter des Generalrats habe bei der Behandlung der Sache ausgeführt, daß die Militärverwaltung in der Annahme des Mittelkanalprojekts eine Stärkung der Wehrkraft des deutschen Vaterlandes sehe. Heute, wo sich das Festeln dieser Wasserverbindungen besonders immerhin schwierig macht, muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es die Vaterland-Lieder, die Räucher der Vaterlandsliebe, die Herren Zerkner, gemeinen Jid, die diese Kanalprojekte nicht haben zur Ausführung kommen lassen. Sogar eine Anzahl von Vorkämpfern vor damals „mittenmännig“ unter den Kanalbefreiungen. Außerdem hat der Kaiser mündlich und schriftlich für den Mittelkanal den höchsten Befehl erteilt, worin er sich in Veranlassung wie im Sondergesetz über den Kanal, von dem eine Erhöhung der Kanalarbeiten befürworte, weißlich heißt; sie wurden damals noch genehmigt, die allmächtigen Junker hatten aber die Weiterentwicklung ihrer landwirtschaftlichen Kollegen durch. Es würde einmal interessant, nachzuprüfen, wieviel Millionen allein in den vier Kriegsjahren an Exemptionsleistungen gewährt worden wären, wenn wir nicht allein auf die Eisenbahnlinien angewiesen wären. Bekannt muß noch werden, daß die württembergische Kolonnen, des Stienen der Lebensmittelzufuhr und der eisenbahnverkehrs hauptsächlich dem Mangel an Wasserkräften zuzuschreiben sind.

Zum Kampf um das einheitliche deutsche Staatsgebiet.

Das deutsche Reich ist ein einheitliches Staatsgebiet oder sollte es wenigstens sein. Aber dieses Prinzip, das die eigentliche

Deutscher Heeresbericht vom 28. Juli.

von Großes Hauptmann, 28. Juli. (Wichtig.)

Weslinger Kreisgaukauf.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Zwei Schwabengruppen. Stärkere Bestände des Feindes nicht beobachtet.
In der Gegend von Wesling wurde am 28. Juli ein Kampf um Wesling ausgetragen. In diesem Kampfe teilnahm die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
In der Kampfzeit verlor der Feind mehrere Infanteriebataillone. Die Kampfzeit wurde am 28. Juli um 10 Uhr beendet.
Der Kampf wurde am 28. Juli um 10 Uhr beendet.

Oesterreichischer Heeresbericht.

von Wien, 28. Juli. Wichtigkeit vermindert.
Im Westen keine größeren Veränderungen.
Der Kampf wurde am 28. Juli um 10 Uhr beendet.

Der Kampf wurde am 28. Juli um 10 Uhr beendet.
Der Kampf wurde am 28. Juli um 10 Uhr beendet.

Der Kampf wurde am 28. Juli um 10 Uhr beendet.
Der Kampf wurde am 28. Juli um 10 Uhr beendet.

Veränderungen im Mietrecht.

Das kaiserliche Generalkommando in Frankfurt a. Main hat eine Verordnung erlassen, welche bestimmt, daß Vermieter von Ein- bis Drei-Zimmer-Wohnungen die neuvermieteten Wohnungen nicht ohne Einverständnis des bisherigen Mieters kündigen oder anders darüber verfügen können, falls nicht das Mietverhältnis aus sonstigen Ursachen beendet worden ist. Diese Bestimmungen sind bekanntlich auch anderwärts erlassen worden und es dürfte sich empfehlen, diese Materie gleichseitig für den ganzen Bereich des Deutschen Reiches einer Regelung zu unterziehen. Nur dadurch wird es möglich sein, die Mieter vor allzu großer Schwächung durch eine gewisse Sorte von Hausgegnern, die das dringende Bedürfnis haben, ebenfalls Kriegsrenten zu machen, zu bewahren.

Die Münchener Universität gegen Schan Cooperationen.

Die medizinische Fakultät der Universität München hat zu dem vor dem Obersterichtergericht in den Fällen der Berufungsantrag mit Freiempfang geendeten Prozeß gegen Professor Dr. J. Henke, den Direktor der Frauenklinik der Universität Jena, eine bemerkenswerte Erklärung erlassen. Am Schluß der Urteilsbegründung des Obersterichtergerichts in Jena findet sich der Satz vor, daß die Zulassung des Operationsfalls in Kliniken in gewissen Umfange ähnlich ist und nicht als anstößig gelte. Die medizinische Fakultät zu München erklärt durch ihren Dekan: „Wir lassen schon von rein selbstständigen Standpunkt der Rücksichtnahme auf die Kranken aus selbstverständlich niemals einen zu ähnlichen Demonstrationen und Operationen zu und vermehren daher die Verantwortung, welche sie ebenfalls für die hiesigen Verhältnisse vollkommen zurecht.“

Das Rezept des Herrn von Oldenburg.

Der Berliner Total-Aufruhrer hat eine Umfrage darüber veranstaltet, was für die menschliche Ernährung wichtiger sei: Fleisch oder Fett. Die Stellung dieser Frage war insofern ziemlich überflüssig gewesen, als weder das eine noch das andere in ausreichendem Maße beschafft werden konnte. Von den Aufruhrern interessiert durch die Originalität des so bekannten Herrn von Oldenburg-Sandhausen, der den Grundlag auffieß, daß die Fettversorgung nur dann zu heben ist, wenn die zwangsmässige Bewirtschaftung beseitigt und die Kreise erhöht werden. Es sei Unnützes, ein Pfund Butter für 3 Mark zu verlangen. Dafür sei es nicht erforderlich, namentlich nicht bei gleichzeitiger Befriedigung der Butterversorgung, die Tiere. Und Herr von Oldenburg läßt behaupten, daß seine Kuh und sein weibliches Kalb dazu zwangsmässig geformt werden; Aufhebung der öffentlichen Butterbezugsanstalt und der Höchstpreise für Butter; Begünstigung der Hauswirtschaften von Schweißern.

Holland.

Am 26. Juli. Wie das Korrespondenzbüro erzählt, ist die weisse Kreuzfahrt der Fräulein nach Deutschland, nachdem ungefähr tausend Wagons ausgeführt worden sind, rückgängig worden, die Kreuzfahrt wird Holland nicht die Behalt notwendig sein. Infolgedessen wird Holland nicht die Behalt notwendig sein. Infolgedessen wird Holland nicht die Behalt notwendig sein.

Italien.

Die parlamentarische Gruppe der offiziellen Sozialisten beschloß laut Anzani, die Regierung über die Gründe des Verbotes der Abhaltung des Sozialistenkongresses und besonders darüber zu interpellieren, ob die Gründe für die Kriegsernennung Geltung haben werden.

Frankreich.

70. Juli, 27. Juli. Der Arbeiterbund des Seine-Departements hat die Einberufung einer neuen allgemeinen Konferenz der Arbeitervereine Frankreichs beantragt zur Beratung von Fragen, die mit der Friedensfrage im Zusammenhang stehen. Der Arbeiterkongress findet am 14. August in Paris statt. Ein Verbot der Regierung ist bisher nicht erfolgt.

Die englischen Vorgänge.

Holländer Mütter sehen auseinander, den Interessen Südamerikas (Länder, das nach dem Kriege seine Produkte, vor allen Dingen Wein, auf dem Weltmarkt absetzen muß, und es ist richtig, daß gerade für diese Südamerika die schlimmsten Erfahrungen gemacht hat, da England Höchstpreise festsetzte und auf diese Weise die Welle weit unter den Marktpreis den Zuren abnahm. General Debes sagte in einer Rede: Es soll also keine Welle nach Deutschland gehen, bevor England und seine Tochter unter der Verlastung, daß unsere Welle nach London geschickt wird? Falls nun die Beibehaltung sich dem Bestehen des Reichstagskabinetts nicht fügt, dann wird die nationalpolitische Partei und inoffizielle die republikanische Bewegung in Südamerika ungeheuerlich wachsen. Ferner bemerkte er, daß der Vertrag mit Südamerika in England, General Smith, hat bereits gegen die Vorzüge erklärt. Im übrigen hat nicht nur die Holländer in Südamerika ihren Interessen nach absolute Freihändler, sondern auch die englischen Arbeiter. So hatte sich der frühere Minister der Rationierung, Herrmann, nach vor kurzem für den Freihandel erklärt und eben so trat der Sozialist Klotz, dem General Smith ein Wirtschaftspolitiker der Arbeiter gegen die Zentralämter stark entgegen.

Nachdem, 27. Juli. Die Londoner Wochenzeitung Nation schreibt, daß Lloyd George in den Regierungsbefehlen zugunsten der Einführung von Reichs-Vorzugs-Heften das letzte Wort, das sich ihm mit dem Liberalismus verknüpfte, durchgesprochen habe.

Aus der Partei.

Ueber das Rolle des Reichstagsabgeordneten Dr. Erdmann

Bei der Gollinger Rednererklärung teilt der Berichterstatter des Pressbüros diesen noch mit: Wenn Herr Dr. Erdmann der Einbruch des Gollinger Spezialgesetzes jetzt zeitlich ist und er erklärt, daß ihm „persönlich eine andere Form der Auseinandersetzung mehr zugebilligt“ hätte, so muß darauf hingewiesen werden, daß dieses zweifellos in seiner Macht gelegen hat. Er war als Redakteur der Unabhängigen Partei, welche er in einem Jahre an der Organisation einer solchen Kundgebung. In ihrer und der Begleitung der unabhängigen Führer erlösen denn auch Dr. Erdmann und nahm in deren Mitte Was. Die englische Freunde Erdmanns begannen beim Erläutern Erdmanns denn auch mit dem Handeln, der sich heraus zu melden, wenn Erdmann ablaufen. Ein ehemaliges Mitglied der Redaktion der „Arbeiterstimme“, das neben Erdmann (so, pfiff aus Leibestrafen auf dem Hauskühler. Von verschiedenen anderen Genossen (Solmann, Klein und Dröner-Eberfeld) wurde Dr. Erdmann durch Sprache angegriffen, daß die Partei zu handeln, wenn Erdmann ablässig nicht reagiert, um das „Vollrecht“ nicht zu lassen. In seiner Hand hätte es gelegen, den ihm jetzt selbst klammen Vorgang zu verhindern. Aber er wollte nicht, sondern ließ sich in der Rolle des „unabhängigen Aufhauers eines politisch interessierten Vorgesetzten“. Unter diesen Umständen darf er sich aber nicht darüber belangen, wenn man den Vertreter der Unabhängigen Partei für die Dinge mit verantwortlich macht. Er hätte ja selber können. Im andern Falle hatte er Verpflichtungen wie jeder verantwortliche Führer.

Aus aller Welt.

Für 50 000 R. Schokolade beslagnahm: Duisburg, 27. Juli. Auf dem Duisburger Hauptbahnhofe wurden eine große Anzahl auf insgesamt 60 000 R. deklarierter Verbrauchs beslagnahm, die sämtlich Schokolade enthielten. Die Pakete waren in Duisburg aufgestellt worden, um von hier aus nach verschiedenen Richtungen verschickt zu werden. Ob es sich um Schokolade oder um Inland fabrizierte Ware handelt, heißt noch dahin.
Wegen unangenehmer Professorfratzen und Professoren fassung in der Untersuchung über den Verkehr des Bismarck-Vertrages, Klimb, befehligt worden. Klimb hatte sich aus einer nationaler Schuldverschreibung des Reiches und in seiner Druckermeister für die politischen Rechte Bendig und Gutnowie hergestellt. 50 Prozent der in diesen Kreisen bei den Vatermännern abgegebenen Briefarten waren gefälscht. Der Betrieb der Druckermeister wurde geschloffen, so daß das Erscheinen der Zeitung eingestellt ist.
Als mutmaßlicher Mörder ist in Belgien (Soumenen) der 16jährige Fürstengrafen Karl Vinkens, der aus einer Fürstengrafenfamilie entstammt und mehr als 100 000 Mark Vermögen besitzt, entführt worden. Er steht in dem Verdacht, den Gendarmeriechef nach dem König in Belgien erschossen zu haben.

Letzte Nachrichten.

Moskau, 27. Juli. (F. Z. M.) Die Meldung über die Hinrichtung von Marie Spiridonow und Kamyd wird als falsch bezeichnet. Die F. Z. M. weiß nochmals auf die richtige Genauigkeit der Nachrichten aus Moskau hin, wo sich Bürger befindet, der schon über ein Jahr lang fortwährend eine verurteilte Kampagne gegen die Bolschewiken führt.

Städtischer Nahrungsmittelekauf.

Guppensfeld. Von Dienstag an auf Markt 215 des Warenbezugspreises 17 statt Berlin 1/4 Pfund zum Preise von 80 Pf. für das Gekochte.
Gies. Dienstag vormittags von 8-12 Uhr Nr. 27001-29000, nachmittags von 2-6 Uhr Nr. 28001-31000 der Lebensmittel in der Lebensmittel. Jede Person ein Stück für 33 Pfennig.
Mitteln. Dienstag, vormittags von 8-12 Uhr Nr. 10001 bis 12000 der Lebensmittel in der Lebensmittel. Auf Wunsch 206 des Warenbezugspreises 17 statt Berlin ein Pf. 30 Pfennig.
Wagen über Unterwieslitz. Dienstag, nachmittags von 2 Uhr an auf Abschnitt 11 des Einkaufspreises über Vorkriegspreise nisse bei dem Höchstpreisen für den Preis der Lebensmittel, Weinbrand, Große Brennereiwagen 30 und 30 Pfennig, Große Brennereiwagen 16, 16 Pfennig 1/2, für ein 47001 bis 50000 der neuen Lebensmittel.

